

Wochen-Chronik

30. Juni 1951

Vertreter aus 34 Ländern gründen unter Leitung des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher in Frankfurt am Main die Sozialistische Internationale. Das neue Bündnis sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien verurteilt den Kapitalismus ebenso wie die »kommunistische Einparteiensherrschaft«. Von 1976 bis 1992 war Willy Brandt deren Vorsitzender. Heute ist es der ehemalige griechische Premier Georgios Andrea Papandreu. Die SI vereint derzeit 168 Parteien und Organisationen.



2. Juli 1976

Ein Jahr nach den Pariser Verträgen, mit denen der Vietnamkrieg (1964 - 1975) beendet wurde, vereinigen sich Nord- und Südvietnam. Saigon, die ehemalige Hauptstadt Südvietnams, wird in Ho-Chi-Minh-Stadt, nach dem 1969 verstorbenen Befreiungsführer und Präsidenten Nordvietnams, umbenannt. Hauptstadt des vereinten Landes ist Hanoi. Seit 1986 betreibt die KP Vietnams, ähnlich wie China, eine Politik der Transformation zu einer sozialistischen Marktwirtschaft. Foto: imago



4. Juli 1776

Dreizehn britische Kolonien Nordamerikas nehmen in Philadelphia die von Thomas Jefferson verfasste Unabhängigkeitserklärung an. Erster Präsident der USA wird George Washington. Die Gründungsurkunde der Vereinigten Staaten von Amerika, Declaration of Independence, gilt als eine der wirkungsmächtigsten Dokumente demokratischer Staatsphilosophie, beeinflusste u.a. die französische Revolutionäre 1789. Independence Day ist Nationalfeiertag. Foto: imago

# »Theo, ihr müsst da mitmachen«

Notizen von einer Tagung über die Geburt der Neuen Linken in der BRD. Von Marcel Bois

Er ist gerade aus Jugoslawien zurückgekehrt. Mit dem Kommunismus Stalinscher Prägung hat Wolfgang Leonard gebrochen. Er will nun gemeinsam mit anderen oppositionellen Kommunisten eine neue linke Partei gründen. Auch ein Name steht schon fest: Unabhängige Arbeiterpartei Deutschlands. »Theo, ihr müsst da mitmachen«, versucht er den alten Bekannten zu überzeugen. Doch Theo und seine Genossen von der Gruppe Arbeiterpolitik wollen nicht: »Mit dem Geld aus Jugoslawien kann man das nicht machen.«

Sechsendsechzig Jahre später sitzt Theodor Bergmann in Potsdam und berichtet von dieser Unterredung. Die kleine Anekdote ist Teil seines Vortrags über die 1950er Jahre als Ausgangspunkt der Neuen Linken in der Bundesrepublik. Hierfür ist der mittlerweile hundertjährige Bergmann mal eben von Stuttgart in die brandenburgische Landeshauptstadt gejettet – und referiert mühelos fast eine Stunde lang.

Bergmann ist gewissermaßen der Stargast dieser Tagung in den Räumlichkeiten des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF). Organisiert wurde sie von Mitgliedern des Promotionskollegs »Geschichte linker Politik in Deutschland jenseits von Sozialdemokratie und Parteikommunismus«, das die Rosa-Luxemburg-Stiftung im vergangenen Jahr ins Leben gerufen hat. Angesiedelt ist das Kolleg am ZZF und am Institut für Soziale Bewegungen (ISB) in Bochum. Vier Doktorandinnen und Doktoranden sowie ein Habilitand forschen hier.

Der Historiker Mario Kießler vom ZZF betont in seinen einleitenden Worten, er habe als Betreuer auch ein »explizit politisches Interesse« an dem Kolleg. Es gehe darum, linke Ansätze zurück in den Wissenschaftsdiskurs zu holen. Derweil macht sein Kollege Stefan Berger vom ISB auf die Bedeutung der Forschungsvorhaben im Kolleg aufmerksam. In der Bundesrepublik sei überwiegend über die Geschichte der SPD geforscht wor-



Demonstration gegen das KPD-Verbot in der Bundesrepublik am 17. August 1956

Foto: nd/Archiv

den, in der DDR fast nur über die der KPD. »Dazwischen gibt es viel zu entdecken.«

Die Tagung ist trotz sommerlicher Temperaturen gut besucht: Etwa fünfzig Personen finden an diesem 23. Juni den Weg ins ZZF. Thematisch stehen die Beiträge des Tages unter der Überschrift »Generationen linker Politik in der Bundesrepublik 1947-

1984«. Es geht vor allem um die »erste Generation« der 1950er Jahre, über die auch der Zeitzuge Bergmann berichtet. Lange Zeit, so betonen die Organisatoren, sei diese Generation vergessen worden. Dabei hätten ihre Akteure gegen NS-Kontinuitäten, Remilitarisierung und KPD-Verbot gekämpft und so erst die Grundlage für die Neue Linke von 1968 gelegt. Sta-

lins Tod und die Umwälzungen des XX. Parteitags der Kommunistischen Partei der Sowjetunion von 1956 hätten zudem neue Räume für marxistisches Denken jenseits der Lager von Marxismus-Leninismus und Sozialdemokratie geöffnet: »In der britischen Debatte werden daher die 56er der New Left längst den 68ern gleichgestellt.«

Während Bergmann vor allem die Rolle der Gruppe Arbeiterpolitik beleuchtet, stellt Sarah Langwald die »Verteidigungsbewegung« der 1950er und 1960er Jahre vor. Hierbei handelte es sich um parteiübergreifende Zusammenschlüsse von Juristinnen und Juristen, die zur Zeit des KPD-Verbots Kommunistinnen und Kommunisten unterstützten, die ins Visier der Justiz geraten waren. Dabei macht Langwald auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die Akteure in gängige Generationsmodelle einzuordnen. Denn außer den Geburtsjahrgängen (1900 bis 1915) hatten sie mit der »Kriegsjugendgeneration«, welche die Demokratie von Weimar ablehnte und einen radikalen Nationalismus vertrat, nicht viel gemein.

David Bebnowski, ebenfalls Stipendiat im Kolleg, lenkt den Blick auf eine spätere Generation der Neuen Linken. Er stellt die Diskussionen dar, die in den 1970er Jahren in den Zeitschriften »Prokla« und »Argument« über die »Krise des Marxismus« geführt wurden. Dabei beobachtet er eine »theoretische Sackgasse«, in die beide Blätter damals geraten seien. Als Erklärung verweist er auf die Besonderheiten des »Biotops Westberlin«, wo die Redaktionen saßen. Doch habe auch ein generationeller Konflikt zwischen jüngeren und älteren Redaktionsmitgliedern eine Rolle gespielt.

Eine Krise der Linken gäbe es doch auch heute noch, konstatiert ein Teilnehmer in der abschließenden Diskussion und fragt in Richtung Theodor Bergmanns, ob ihn das nicht verzweifeln lasse. »Es gibt so viel Hoffungslosigkeit«, erwidert der Hundertjährige. Ihn hingegen könne so leicht nichts mehr erschüttern. »Ich habe Hitler, Stalin und das tausendjährige Reich überlebt«. Deshalb bleibe er ein »vorsichtiger Optimist«.

Marcel Bois ist Historiker an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und Autor des Buches »Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik« (2014).

Nachruf

Dietrich Eichholtz

Ein langjähriger Weggenosse, geachteter Kollege und liebenswerter Freund lebt nicht mehr: Dietrich Eichholtz. Er starb vor wenigen Tagen. Traurig macht die Nachricht von seinem Tod. Er reiht eine beträchtlich große Lücke in die deutsche Geschichtswissenschaft, zumal in die Schar marxistischer Historiker und insbesondere in den Kreis derer, die sich eingehend mit der Geschichte von Faschismus und Zweitem Weltkrieg befassen, die mit ihren Arbeiten generell über das »Geheimnis«, in dem Kriege gemacht werden, aufklären sowie Ross und Reiter klar benennen wollen. Mit Fug und Recht galt er als ein großartiger und weithin anerkannter antifaschistischer Gelehrter.

Sein Lebensweg begann am 22. August 1930 in Danzig. In den frühen 50er Jahren studierte er an der Berliner Humboldt-Universität, wo er sich – nicht zuletzt unter dem Einfluss von Jürgen Kuczynski – den Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftsgeschichte zuwandte. 1959 kam er an die Akademie der Wissenschaften der DDR, in deren Zentralinstitut für Geschichte er über viele Jahre hinweg erfolgreich wirkte und dem er verbunden blieb auch in den Zeiten seines Wirkens als Dozent und Honorarprofessor an der Greifswalder Universität.

Dietrich Eichholtz hinterlässt ein großartiges Werk, das in seiner voluminösen »Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945« kulminiert; davon zeugt auch die Tatsache, dass es im Jahre 2002 noch einmal als Nachdruck im renommierten Saur-Verlag erscheinen durfte und als Standardwerk immer wieder zitiert wird. Viel ging davon ein in die sechsbändige Darstellung »Deutschland im Zweiten Weltkrieg«, mit der Historiker der DDR in den 70er Jahren eine gewichtige Leistung erbrachten. Mit klugem Konzept und Geschick erfüllte Dietrich Eichholtz auch Herausgeberpflichten. Davon zeugt der 1969 zusammen mit Wolfgang Schumann erarbeitete Dokumentenband »Anatomie des Krieges«, der mit neu entdeckten Quellen kritisch die Rolle des deutschen Monopolkapitals während des Zweiten Weltkrieges belegt. Gemeinsam mit Kurt Gossweiler zeichnete er verantwortlich für den Band »Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik« (1980). Dem folgte in Kooperation mit Kurt Pätzold 1989 das Buch »Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre«. In Erinnerung wird auch bleiben, was er über das Amt des »Menschen-diktators« Sauckel, über den massenmörderischen »Generalplan Ost« und zuletzt insbesondere über das Kriegsziel, in den Jahren 1938 bis 1943 ein deutsches Erdölimperium zu schaffen, veröffentlichte.

Nach der »Wende« forschte und lehrte Dietrich Eichholtz an der Berliner TU. Zugleich war er Mitbegründer, über viele Jahre hinweg sogar Vorsitzender der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Manfred Weißbecker

# Der Tag von Königgrätz

Mit einem Donnerschlag begann Bismarck seine »Revolution«. Von Gerd Fesser

Vor 150 Jahren, am 3. Juli 1866, tobte nahe der kleinen böhmischen Festung Königgrätz (tschechisch: Hradec Kralove) die größte Schlacht des 19. Jahrhunderts. An ihr waren 430 000 preussische, österreichische und sächsische Soldaten beteiligt – mehr als an der Völkerschlacht bei Leipzig im Jahre 1813.

Der Militärgeschichtler Klaus-Jürgen Bremm hat jetzt eine fundierte Darstellung des Krieges von 1866, den manche Autoren den »Deutschen Krieg«, andere den »Preussisch-Österreichischen Krieg« nennen, vorgelegt. Der Autor widmet der Schlacht selbst nur 20 Seiten, geht dafür ausführlich auf andere Ereignisse des Krieges, seine Vorgeschichte seit 1815 und seine Auswirkungen ein. Er beschreibt auch die Schlachten bei Custozza, Bad Salzung und Kissingen und die Seeschlacht bei Lissa.

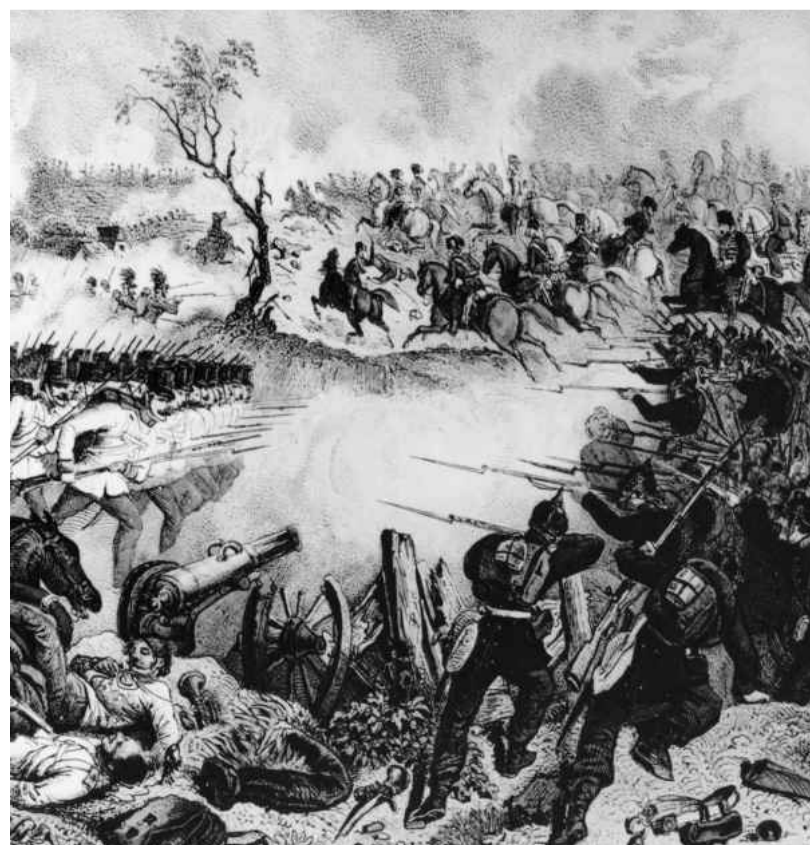
Bei Königgrätz war die preussische Infanterie stark im Vorteil: sie war mit dem Zündnadelgewehr ausgerüstet, das dreimal schneller schoss als die Gewehre ihrer Gegner. In der Schlacht sind 44 000 österreichische und sächsische Soldaten gefallen, wurden verwundet, gerieten in Gefangenschaft oder galten als vermisst. Die Preußen verloren 9000 Mann.

Vier Monate vor der Schlacht, am 9. April, hatte der preussische Ministerpräsident Otto von Bismarck enormes Aufsehen erregt. Er ließ vor dem Bundestag in Frankfurt am Main den Vorschlag unterbreiten, ein gesamtdeutsches Parlament einzuberufen. Dieses Parlament sollte in allgemeinen und direkten Wahlen bestimmt werden und über eine Reform des Deutschen Bundes beraten. Bismarck wollte so die österreichische Regierung provozieren und gleichzeitig die

einheimische liberale Opposition in der Wahlrechtsfrage links überholen.

Der preussische Sieg leitete in Deutschland und in Europa viele Veränderungen ein. Bismarck hatte den morschen Deutschen Bund mit bewaffneter Hand zertrümmert. Und er jagte nach dem Siege den König von Hannover, den Kurfürsten von Hessen-Kassel und den Herzog von Nassau von ihren Thronen und verleihte ihre Länder dem preussischen Staat ein. Bismarck begann so mit einem Donnerschlag seine »Revolution von oben«, die 1871 ihren Abschluss fand. Die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871 symbolisierte dann, wer in dem neu gegründeten Reich das Sagen haben würde: der Kaiser, die Fürsten und das Militär.

Klaus-Jürgen Bremm: 1866. Bismarcks Krieg gegen die Habsburger. Theiss, Darmstadt 2016. 312 S., geb., 24,95 €.



Die Schlacht bei Königgrätz

Abb.: imago/United Archives International